

Berliner Tageblatt

Nr. 537

und Handels-Zeitung

Dienstag, 11. November 1924

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Baldwins Regierungserklärung.

Die Guildhall-Rede.

Billigung der Politik MacDonnads und Herriots auf der Londoner Konferenz. — Zur Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 11. November. Baldwin hat gestern, wie bereits kurz gemeldet, seine mit größter Spannung erwartete Rede anlässlich des Banketts in der Guildhall, das in jedem Jahre am 10. November am Lord-Mayor-Tag stattfindet, gehalten. Es ist wahrscheinlich das erste Mal im Laufe der englischen Geschichte gewesen, daß ein Premierminister, ohne zuvor eine Kabinettsitzung einberufen zu haben, eine Regierungserklärung abgegeben hat. Baldwin erklärte jedoch, es habe sich ihm zwar bisher noch keine Möglichkeit zu einer Kabinettsitzung geboten, er habe jedoch wichtige Punkte einer Rede mit seinen Kollegen besprochen. Baldwin führte aus, die letzten Wahlen seien ein Zeugnis dafür, daß sich das Land zugunsten eines geordneten Fortschritts, aber nicht für den Einsturz der bestehenden Verhältnisse, die Wahl sei eine Abstimmung gegen eine Minderheitsregierung gewesen, und es habe sich gezeigt, daß die Bevölkerung die in gewöhnlichen Zeiten den Stimmen der anderen Parteien gegeben haben würden, diesmal für die geordnete Fortschritt. Das Land habe eine nationale Regierung gewählt. Diese Regierung werde sich bemühen, das Vertrauen zu verdienen, das man auf sie gesetzt habe. Zudem der Premierminister sich dann der äußeren Politik zuwenden, versicherte er, daß es sein Hauptgeschäftspunkt sein würde, für eine stabile Regierung zu sorgen. Die Regierung werde auf den Friedensverträgen mit den benachbarten Staaten gute Beziehungen pflegen. Baldwin sagte weiter, er billige den künftigen Weg, den MacDonnads mit dem Schließen der Londoner Konferenz beschritten habe, und er versicherte, daß die von der französischen Premierminister auf die Unterstützung der britischen Regierung in Ausführung dieser Politik, die er zu einem großen Teil ermöglicht habe, verlassen könne. Die Verwirklichung der Hoffnung, daß Deutschland bald ein Faktor für den Frieden und für die Stabilität Europas werden würde, beruhe zum großen Teil auf dem deutschen Volke selbst. Er sei überzeugt, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund nicht mehr auf sich warten lassen könnte.

In der Haushaltsfrage werde sich die Regierung an den Vertrag von Lausanne halten und erwarten, daß die künftige Regierung daselbst tun werde. Wenn sich aber Schwierigkeiten bei der Auslegung des Vertrages ergeben sollten, dann würde die Regierung bereit sein, die Entscheidung in die Hände des Völkerbundes zu legen. Was Arabien anbelangt, so habe die Regierung keineswegs die Absicht, ihre neutrale Haltung aufzugeben, während die Ausland- und Ägypten gegenüber die Absicht vertritt, daß es jetzt erst recht wäre, irgendeine Erklärung abzugeben. Wenn sich die gegenwärtige Lage in China irgendwelche Gelegenheiten bieten sollte, die es den Fremden ermöglichen würde, China zu helfen, dann würde die Regierung keine Zeit verlieren, um sich mit den anderen Mächten zu beschreiben. In Indien werde die Regierung Verordnungen unterdrücken, gleichviel, durch wen oder aus welchen Motiven sie hervorgerufen würden. Er hoffe, daß es ihm möglich sein würde, möglichst bald eine Erklärung über den Bericht der Royal Commission abzugeben. Mit besonderen Nachdruck betonte Baldwin, daß die Aufgabe der neuen Regierung sein werde, die Verteidigung und Reorganisation der Dominions zu unterstützen. Ebenso sei das Genfer Protokoll gemeinsam mit den Dominions zu prüfen. Bei den Bemerkungen über die Handelsbeziehungen Englands erwähnte Baldwin die Frage der Warenzölle für den Kontinent. Er sei sehr überzeugt, daß zwischen den Köpfen der Produzenten und denen der Konsumenten ein gewisser Betrag vorhanden sei, der verschwendet werde, den man aber nach sorgfältiger Prüfung würde ausgleichen können. Die Regierung folge der Premierminister weiter, werde ihre Aufmerksamkeit auch dem Wohnungsbauproblem und besonders der Schaffung besserer Häuser entgegenbringen. Die Regierung sei bereit, jedermann, der auf diesem Gebiet arbeiten werde, zu unterstützen, und es sei ihre Absicht, mit der größten Sympathie jedes Schema, das vereinfachte und neue Baumethoden aufweise, zu prüfen. Die Regierung würde alles tun, um die Arbeiter durch verbesserte Verdienstmöglichkeiten gegen die Inflation zu helfen, und es sei ihr Wunsch, die Regierung wird keineswegs den Versuch machen, die Industrie des Landes zu kontrollieren und sie werde alles tun, was sie könne, um andere daran zu hindern, jene Kontrolle in Bezug zu nehmen. „Wir glauben“, schloß der Premierminister, „daß der geordnete Fortschritt dasjenige ist, das das Land bis jetzt in seiner Politik verfolgt hat und das wir wenn wir die Basis unseres Systems verändern würden, in Armut und Unfriede verlassen würden, was sich wohl unter Arbeitern noch nicht hat gemacht haben.“

Die Press Association berichtet, daß der König gestern Abend eine Proklamation unterzeichnete, in der die Wiedereröffnung des Parlaments vom 18. November auf den 2. Dezember verlegt wird. Das Parlament wird dann zusammenzutreten, um den Sprecher zu wählen und die Abgeordneten zu vereidigen. Nach Erledigung dieser Formalitäten wird an einem Datum, das

noch später bekanntgegeben wird, das Parlament durch den König selbst eröffnet werden. Mit der Ernennung Lord Robert Cecil zum Kanzler des Herzogtums Lancaster und Lord Peel zum ersten Kommissar für Arbeit, hat sich die Zahl der Mitglieder des Kabinetts Baldwin auf 24 erhöht. Der noch nicht ernannte Generalpostminister wird dem Kabinet nicht angehören.

London, 11. November (G. P.)

Sein Bankett des neuen Lordmayors von London, Sir Alfred Bower, in der Guildhall hielt zunächst Austen Chamberlain eine Ansprache, in der er erklärte, daß nach seiner Ansicht die erste Pflicht eines englischen Außenministers die sei, nicht nur im Namen Englands, sondern im Namen aller englischen Dominions zu sprechen und dem Geiste wie dem Buchstaben nach die diplomatische Einheit des englischen Reiches aufrechtzuerhalten. Die englische Regierung sei entschlossen, die Bedürfnisse der anderen Länder mit Wohlwollen zu prüfen. Englands früheren Verbindungen gegenüber empfinde sie natürlich eine tieferen Zuneigung, und mit ihnen wolle sie eine intimere Freundschaft aufrechterhalten. Er freue sich ganz besonders darüber, daß durch die Mitarbeit der Vereinigten Staaten einige der Schwierigkeiten, wie sie vor kurzer Zeit noch behauptet hätten, beseitigt worden seien. Er hoffe, daß diese Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, welches auch der neue Präsident des amerikanischen Senates sein werde, weiterhin fortgesetzt werde.

Enttäuschung der französischen Nationalisten

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 11. November.

Die Reden Baldwin's und Chamberlain's an dem Bankett für den Lordmayor haben den Gegnern der Regierung Herriot sein Verlangen bereitet, Paris, der noch immer in London ist, spricht im „Echo de Paris“ aus, was in anderen Blättern der Minorität mehr oder weniger angedeutet wird. Die neue Politik Englands wird nach seiner Meinung von der früheren nicht sehr verschieden sein. Die neue Regierung in England wolle in Europa „und sogar in Deutschland eine Politik vermindelter Aktivität“ vertreten. Sie wolle „aus dem Abkommen von London den Nutzen ziehen, der den Vätern der Minorität mehr oder weniger angedeutet wird. Die neue Politik Englands wird nach seiner Meinung von der früheren nicht sehr verschieden sein. Die neue Regierung in England wolle in Europa „und sogar in Deutschland eine Politik vermindelter Aktivität“ vertreten. Sie wolle „aus dem Abkommen von London den Nutzen ziehen, der den Vätern der Minorität mehr oder weniger angedeutet wird. Die neue Politik Englands wird nach seiner Meinung von der früheren nicht sehr verschieden sein. Die neue Regierung in England wolle in Europa „und sogar in Deutschland eine Politik vermindelter Aktivität“ vertreten. Sie wolle „aus dem Abkommen von London den Nutzen ziehen, der den Vätern der Minorität mehr oder weniger angedeutet wird.“

Die Reorganisation der englischen Liberalen

Die Rede Asquiths.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 11. November.

Asquith führte bei seiner Rede im Reform Club nach folgendem aus: „Unter den jetzigen Umständen müßte die Hauptarbeit der liberalen Partei außerhalb des Parlaments verlegt werden. Die Propaganda sei hierbei das wirkungsvollste demokratische Mittel. Die Arbeiterpartei hätte in dieser Beziehung der liberalen Partei eine gute Lehre und ein gutes Beispiel gegeben. Die Demoskraten seien in der Demokratisierung ihrer Partei machsig zurückgeblieben. Sie müßten jetzt neu aufgebaut und den neuen Bedingungen der politischen Lage angepaßt werden. Er sei in der Lage mitzutteilen, daß ein kleines Komitee von Sachverständigen, das aus geeigneten Leuten zusammengefaßt, bereits ernannt worden sei. Es würde sofort mit der Arbeit beginnen und die ersten Schritte zum Wiederaufbau der Partei unternehmen. Wenn es zu Renovierungen kommen werde, dann werde die liberale Partei in jedem Bezirk einen eigenen Kandidaten aufstellen, der nicht erst in erster Stunde dort hingestellt werden würde. Die Parteiführung müßte gleichfalls demokratisiert werden, und jeder Mann müßte sich hierbei beteiligen. Asquith schloß: „Ich fürchte mich nicht vor der Zukunft.“

Die „Times“ wollen erfahren haben, daß gestern Abend in einer Versammlung der liberalen Vereinigung in Middlebrough-West bekanntgegeben wurde, daß man Trevelyan Thompson, dem Abgeordneten jenes Wahlbezirks, der bei den letzten Wahlen ohne jeden Gegner seinen Sitz wiedergewann, nahegelegt habe, seinen sicheren Sitz Asquith anzubieten. Thompson habe gestern in größter Eile Middlebrough-West verlassen und sich nach London

Das gerettete Kabinett Grabski.

Das „Kartenspiel“ korrigiert: Erst Auslandsanleihe, dann fort mit Grabski! (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, Anfang November.

Die Regierung Grabski ist dieser Tage glänzend zwischen Szulla und Charybdis durchgeschwommen und hat den schwebenden Haken erreicht, von wo aus sie sich dem Sanierungswert ruhig weiter widmen kann. Die Regierungskrise hatte die politischen Kreise in eine sehr große Aufregung veretzt. Ihre Ursache war ein scharfer Vorstoß der in der nationalen Volksverbände, der in großen Jörn darüber geraten war, daß es ihm bisher noch nicht gelungen ist, eine Zustimmung zur Bildung einer parlamentarischen Regierung zu finden. Schon seit Wochen waren in der Reichspresse Artikel erschienen, die gegen die Regierung Grabski eine fast ununterbrochene Kritik führten. Die Zeitungsartikel sahen gegen die Regierung zu Gericht. Sie ließen sich sogar in müßigen Beschimpfungen gegen Grabski aus. Als nun im Sejm der Redner des Nationalen Volksverbandes in der Debatte über das Exposé des Ministerpräsidenten Grabski und des Außenministers Strzynski das Wort ergriß, wußte man, daß er einen sehr scharfen Vorstoß gegen die beiden Ministerreden unternehmen würde. Er kritisierte nicht nur, er gab sogar die Erklärung ab, daß die Regierung eine von fremden Staaten unterhaltene und durch fremden Einfluß irreführende Politik betreibt.

Zu erster Linie war dieser Vorstoß gegen Strzynski gerichtet, den die Nationaldemokraten (das ist der zweite Name des Nationalen Volksverbandes) hießen. Aber auch gegen den Ministerpräsidenten Grabski wandte sich der Redner der Nationaldemokratie, Glombinski. Er bediente sich dabei eines überaus heftigen Zorns. Am nächsten Tage antwortete der Ministerpräsident, daß diejenigen, die sich einseitig und allein zur Leitung des Vaterlandes berufen glaubten, sich nicht mit dem Gedanken abfinden können, daß die Sanierungsaktion durch eine nicht von ihnen bewiesene Regierung durchgeführt wurde, und sie deshalb die Schaffung einer Atmosphäre anstrebten, die ihnen die Rückkehr zur Macht ermöglichen konnte. Grabski hatte die Erklärung Glombinski's mit einer gewissen Resignation angefaßt, aber er konnte es auf keinen Fall dulden, daß man sämtliche Redner des Sejm in denselben Ton verfielen, da die Regierung sich sonst der Rechte an Gnade oder Ungnade ausgeliefert hätte. Der Sinn der Politik der Redner war folgender: Man wolle Grabski sein längeres Verbleiben auf dem Posten des Ministerpräsidenten verleihe. Dagegen wolle man ihn noch als Finanzminister weiterbehalten, während die Posten des Premiers und des Außenministers von Vertrauensleuten der Rechten besetzt werden sollten. Nun hat aber die Deklaration Grabski's die Fundamente dieser Rekonstruktion auseinandergerissen.

Grabski wollte durch sein Vorgehen die anderen Parteien zur Zurücktritt der Kritik der Nationaldemokraten zwingen. Darob entstand zunächst große Verwirrung in der nationaldemokratischen Presse. Dann erschienen scharfe Ausfälle gegen die Regierung, während die linksgerichtete Presse, die bis dahin ebenfalls die Regierung scharf angegriffen und die Rekonstruktion des Kabinetts verlangt hatte, sich sehr warm für die Regierung Grabski-Strzynski einsetzte. Zum Sejm gingen dann vier Anträge zu, und zwar: einer vom Christlichdemokratischen Klub, besagend, daß der Sejm die Ausschlusspolitik der Regierung billigt und zur weiteren Debatte des Budgets zurückkehrt; dann ein Antrag der vereinigten Linken, wonach die Auslandsanleihe der Regierung der Interessen und der Würde des Staates entspricht; und noch zwei weitere Anträge des ukrainischen und des jüdischen Klubs, in denen vor allem festgestellt wurde, daß der Außenminister vor dem Völkerbund in Geis der inneren Verhältnisse Polens, besonders das die Lage der nationalen Minderheiten anbelangt, in einem unwürdigen Sinne dargestellt habe. Der Antrag der vereinigten Linken kam mit 210 gegen 170 Stimmen durch, und zwar stimmten für den Antrag die Christlichen Demokraten, die liberalen Wäskier, die drei demokratischen Bauernparteien: Bauerngruppe, Bauernvereine und Bauernverband, ferner die Nationale Arbeiterpartei, die Sozialdemokraten, die katholische Volkspartei, einige ganz kleine Parteien, und von den nationalen Minderheiten die Deutschen, während der Rest der Minderheiten, ferner die Christlichnationalen und der Nationale Volksverband gegen die Regierung stimmten.

Das Kabinett Grabski hatte damit einen großen Erfolg errungen. Es ist künftighin vor unparlamentarischen Angriffen geschützt. Doch darf man nicht annehmen, daß die Regierung nun ihre Amtsdauer ungehindert fortsetzen kann. Sehr charakteristisch nämlich ist es, daß die Regierung, nachdem sie zwei Tage vorher vom dem sozialistischen Redner scharf attackiert worden war, nun nach dem Vertrauensvotum vor dem Sprecher der Bauernvereine ebenfalls scharf kritisiert wurde. Das ergibt folgendes Bild: Eine jede Partei will in der Opposition sein will die Verantwortung für die Tätigkeit der Regierung vor sich abwälzen. Wenn dieser Zustand noch die Jahre weiter dauern sollte — so lange läuft nämlich noch die Wahlperiode des Sejm — muß dies die allerhöchsten Folgen bringen. Denn sind sich alle Parteien bewußt, ganz gleich, welcher Richtung sie angehören. Die Sozialdemokraten streben nach Renovierung. Das ukrainische, die Nationale Arbeiterpartei und ein Teil der nationalen Minderheiten haben sich gleichfalls für die Auflösung